

Antrag

der Abgeordneten Markus Frohnmaier, Dr. Christina Baum, Marc Bernhard, Gereon Bollmann, Stephan Brandner, Thomas Dietz, Peter Felser, Dietmar Friedhoff, Karsten Hilse, Dr. Malte Kaufmann, Dr. Michael Kaufmann, Jörn König, Jan Wenzel Schmidt, Klaus Stöber, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD

Massenmigration aus dem Gazastreifen verhindern – Keine Aufnahme von palästinensischen oder anderen nicht deutschen Ortskräften aus dem Gazastreifen in Deutschland

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:
 1. Die Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland an die Palästinensischen Autonomiegebiete sind in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Von 2012 bis 2021 beläuft sich die deutsche Entwicklungshilfe auf knapp 1,8 Milliarden US-Dollar.¹

Die politische Landschaft der Palästinensischen Autonomiegebiete wird dominiert durch islamistische, antisemitische und anderweitig militante oder extremistische Akteure. Eine klare Trennung zwischen Parteien, sogenannter Zivilgesellschaft, paramilitärischen und terroristischen Organisationen ist oftmals nicht möglich.

Die deutsche Entwicklungshilfe hat direkt oder indirekt wiederholt lokale Nichtregierungsorganisationen gefördert, die mit terroristischen Organisationen personell und finanziell verwoben sind oder der antisemitischen Boycott, Divestment and Sanctions-Bewegung angehören.² Aus deutschen Hilfsmitteln für Bildungsprojekte und die Arbeit der UNRWA (United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East) werden antisemitische Schulbücher und Lehrkräfte, die antisemitische Inhalte vermitteln, finanziert.³

Das Pew Research Center stellt in einer Studie von 2009 fest, dass 97 Prozent der Palästinenser eine ablehnende Haltung zu Juden haben.⁴ 44 Prozent haben eine positive Meinung über die Hamas.⁵ 51 Prozent der Palästinenser vertrauten vor dessen Tod dem Terroristenführer Osama bin Laden.⁶

2. Rund 200 palästinensische Mitarbeiter deutscher Organisationen, die im Gaza-Streifen tätig sind, sollten nach Medienangaben⁷ über Ägypten nach Deutschland verbracht werden. Die deutsche Bundesregierung hat diese Personen zunächst bei der Reise von Gaza nach Ägypten unterstützt. Die Sicherheitsüberprüfung dieser Mitarbeiter in Ägypten durch deutsche Behörden ergab allerdings schwerwiegende Sicherheitsbedenken gegen circa die Hälfte der Personen. Ihnen wurde die Aufnahme durch Deutschland daraufhin verwehrt. Die ägyptische Seite besteht auf eine zeitnahe Ausreise der palästinensischen Personen. Einige der Personen sind inzwischen in Drittstaaten ausgeweist.⁸
 3. Die Bundesregierung ermöglicht jenen Afghanen die Einreise nach Deutschland, die als Ortskräfte für deutsche Institutionen oder Entwicklungshilfeorganisationen tätig waren und nunmehr angeblich einer Gefährdung aufgrund ihrer Tätigkeit als Ortskraft ausgesetzt sind. Zum Stand Oktober 2023 sind über 4.000 afghanische Ortskräfte und ihre gut 19.000 Familienangehörigen nach Deutschland eingereist.⁹ Ein Ortskräfteverfahren für palästinensische Ortskräfte analog zum Verfahren für Afghanen ist abzulehnen. Eine Massenmigration von Palästinensern ist unter anderem aus sicherheitspolitischen Gründen konsequent zu verhindern. Palästinensische Ortskräfte sind keiner erhöhten Gefährdung aufgrund ihrer Zusammenarbeit mit deutschen oder internationalen Behörden und Organisationen ausgesetzt.
- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. die Bundesrepublik Deutschland nicht zur freiwilligen Aufnahme von palästinensischen oder nichtdeutschen Staatsangehörigen aus den Palästinensischen Autonomiegebieten in Deutschland zu verpflichten;
 2. kein Ortskräfteverfahren für palästinensische Ortskräfte nach afghanischem Vorbild zu implementieren;
 3. sich für eine heimatnahe Unterbringung aus Gaza ausgeweister Palästinenser in den arabischen Staaten einzusetzen.

Berlin, den 11. November 2024

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

¹ <https://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=TABLE2A>, Donor: Germany, Recipient: West Bank and Gaza Strip, abgerufen am 20.01.2023.

² Vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf den Bundestagsdrucksachen 19/23421, 19/29653, 19/31137 und 19/29920 sowie <https://www.bild.de/politik/ausland/politik-ausland/terrorverherrlichung-bis-bds-giz-entwicklungshilfe-fuer-israelhasser-61419004.bild.html>, abgerufen am 12.01.2022, und <https://www.welt.de/politik/deutschland/article242640977/Israels-schwerer-Verdacht-dass-Terroristen-deutsche-Steuerelder-erhalten.html>, abgerufen am 12.01.2023.

³ Vgl. <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/hass-der-den-unesco-richtlinien-entspricht-4258360.html>, abgerufen am 11.10.2023, <https://www.israelnetz.com/un-schulbuecher-radieren-israelische-staedte-aus/>, abgerufen am 11.10.2023, und <https://www.tagesspiegel.de/politik/wenn-deutsches-steuergeld-antisemitismus-finanziert-8015854.html>, abgerufen am 11.10.2023.

⁴ <https://www.pewresearch.org/global/2010/02/04/chapter-3-views-of-religious-groups/>, abgerufen am 22.01.2023.

⁵ <https://www.pewresearch.org/global/2010/02/04/mixed-views-of-amas-and-hezbollah-in-largely-muslim-nations/>, abgerufen am 22.01.2023.

⁶ <https://www.pewresearch.org/global/2010/02/04/chapter-2-rating-muslim-leaders/>, abgerufen am 22.01.2023.

⁷ <https://www.tagesspiegel.de/internationales/mitarbeiter-aus-gaza-wird-einreise-verweigert-deutsche-ortskraefte-stehen-bericht-zufolge-unter-extremismusverdacht-10900759.html>, zuletzt geprüft am 13.12.2023, und Focus Magazin vom 09.12.2023, Seite 13. Vgl. hierzu auch Antworten der Bundesregierung auf die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten Frohnmair auf Bundestagsdrucksache 20/9902, Nr. 61, 85, 86 und 87.

⁸ Antwort der Bundesregierung auf die Schriftlichen Frage des Abgeordneten Frohnmair auf Bundestagsdrucksache 20/9902, Nr. 85, 86 und 87.

⁹ <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-978878>, zuletzt geprüft am: 13.12.2023.